



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Europäische Spannung wegen der Frage des serbischen territorialen
Zuganges zur Adria.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73546)

den Vermittlungsversuchen der Mächte gegenüber einig zu erscheinen. Die Forderungen der Verbündeten, welche mit den Waffen in der Hand bis zum äußersten zu verteidigen sie sich geeinigt haben, sind die folgenden: 1. Alle die durch ihre Heere eroberten Gebiete bilden ein Kondominium, welches später nach gegenseitiger Vereinbarung geteilt werden soll. 2. Die Verbündeten lassen nicht einmal den Gedanken eines autonomen Albaniens oder Mazedoniens zu und werden sich einem solchen Plane gemeinsam widersetzen. 3. Mazedonien wird zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland geteilt; Albanien zwischen Montenegro, Serbien und Griechenland. 4. Die besonderen Forderungen Bulgariens erstrecken sich in der Richtung von Konstantinopel bis zu einer Linie von der Mündung der Maritza nach Lüle-Burgas—Bunar-Hissar bis zum Schwarzen Meere. Es kann keine Rede davon sein, Adrianopel und Kirk-Kilisse, die so viele Opfer gekostet haben, wieder zurückzugeben. 5. Die besonderen Forderungen Serbiens: der Sandschat von Nowibasar, wobei ein schmaler Streifen Montenegro überlassen werden soll; ganz Alt-Serbien und der nördliche Teil Albaniens mit dem Ufer von Medua bis Sameni oder Skumbia, je nach dem Übereinkommen mit Griechenland, dem der übrige Teil dieser Provinz zufällt. Die Verbündeten haben beschlossen, diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 23. Oktober/5. November 1912. — Nr. 2461.

Ich telegraphiere nach Paris: Heute hat mir der österreichische Botschafter erklärt, daß seine Regierung von jedem Gedanken einer territorialen Kompensation zu ihren Gunsten absieht. Auf meine Frage, warum in diesem Falle das Wiener Kabinett die französische Formel der Uneigennützigkeit nicht angenommen hat, erwiderte Thurn, daß in derselben nicht bestimmt wird, daß die Uneigennützigkeit sich nur auf territoriale Erwerbungen bezieht. Ich nehme an, daß Frankreich eine diesbezügliche Berichtigung Wien zukommen lassen könnte. Ich wies Thurn darauf hin, daß man mit dem Lebensinteresse Serbiens, einen Zugang zum Adriatischen Meere zu erhalten, rechnen müsse und daß Österreich sich diesem nicht widersetzen

solle, um ein gutes nachbarliches Verhältnis zu Serbien herstellen zu können. Der Botschafter antwortete, daß er meine Antwort nach Wien weitergeben wird, daß seine Regierung aber die öffentliche Meinung berücksichtigen müsse. Sich auf ökonomische Interessen beziehend, wies Thurn darauf hin, daß es wünschenswert sei, sie durch mehr als einen einfachen Handelsvertrag mit Serbien zu schützen, worauf ich erwiderte, daß es meiner Ansicht nach nichts gäbe, was diesem Zwecke besser dienen könne, als ein Handelsvertrag. Aus meiner Unterredung mit dem deutschen Botschafter habe ich den Eindruck gewonnen, daß von Berlin aus der Versuch gemacht werden wird, Wien zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Ich nehme an, daß die Anstrengungen der französischen und englischen Diplomatie sich einstweilen parallel mit unseren Schritten auf ein freundschaftliches Einwirken in diesem Sinne in Wien richten müssen, ohne irgendwelche kategorische Erklärungen abzugeben, die den Charakter einer Drohung haben könnten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 24. Oktober/6. November 1912. — Nr. 302.

Der französische Geschäftsträger hat mir von einem Telegramm Kenntnis gegeben, in dem der französische Botschafter in Berlin über eine Unterredung mit dem italienischen Außenminister berichtet. Letzterer hat als seine persönliche Ansicht geäußert, daß die Dreibundmächte durchaus einig seien und daß deshalb keine Bedrohung des Friedens zu erwarten sei. Im Laufe dieser Unterredung hat San Giuliano, trotz der Einwendungen Cambons, darauf bestanden, daß Italien und Österreich, welche die Schaffung eines albanischen Staates wünschen, auf dem Ausschluß Serbiens von der adriatischen Küste bestehen, und er hat zu verstehen gegeben, daß die Wünsche Serbiens, einen Zugang zum Meere zu erhalten, im Ägäischen Meere Befriedigung finden könnten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 25. Oktober/7. November 1912. — Nr. 306.

Ihr Telegramm 2461 erhalten. Grey sagt mir, daß er sich vollkommen Rechenschaft gibt, wie ernst diese beiden Öster-

reich und Serbien betreffenden Fragen sind. Er befürchtet, daß der serbische Zugang zur Adria leichter einen akuten Charakter annehmen könne als die Frage der österreichischen ökonomischen Interessen, für die man seiner Ansicht nach leichter eine befriedigende Lösung finden können wird. Ich erwiderte, daß man auch diese Frage nicht allzu leicht einschätzen dürfe, sie könne sich in eine Absorption verwandeln, was die österreichische Hartnäckigkeit, Serbien vom Meere auszuschließen, erklären würde. Ich sagte ihm, daß Serbien mit der größten Energie Widerstand leisten würde, so daß Österreich wieder das Projekt einer Annexion in Erwägung ziehen könnte. Grey sagte, daß der serbische Gesandte gestern in der Tat von einer sehr energischen Erklärung gesprochen habe. Dies rufe seine Befürchtung wach, daß es jetzt vielleicht nicht mehr möglich sein werde, die Wünsche der beiden Länder in Einklang zu bringen, und deshalb halte er es für zweckmäßiger, die Lösung dieser Frage bis zur allgemeinen Regelung aufzuschieben.

Aus diesem Grunde sollten auch die Mächte die Balkan-Alliierten fragen, ob sie geneigt wären, eine Vermittlung anzunehmen und selbst ihre Wünsche zu formulieren. Da Österreich sich heute außerhalb des europäischen Konzertes befindet, wird man von ihm nicht erreichen können, daß es einem Schritte der Mächte beitrifft, welcher einen Versöhnungsversuch auf der von Ihnen angegebenen Basis darstellt; es liege aber kein Grund vor, daß Österreich sich an dem von ihm in Aussicht genommenen Schritte nicht beteiligt. Ich erfahre durch Mensdorff, daß Grey ihm gegenüber die Notwendigkeit betont hat, die österreichischen Wünsche zu mäßigen, deren Berechtigung er vom ökonomischen Standpunkte aus durchaus anerkennt.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Rom vom 26. Oktober/8. November 1912. — Nr. 2500.

Weisen Sie den italienischen Außenminister darauf hin, daß es äußerst wünschenswert sei, daß Österreich in der Frage der Zulassung Serbiens zum Adriatischen Meere nachgibt. Es ist gefährlich, Tatsachen keine Rechnung tragen zu wollen. Serbien wird sich mit nichts anderem zufrieden geben und rechnet auf die gemeinsame Unterstützung des Balkanblockes, was der

kriegerischen Stimmung der betreffenden Völker durchaus entspricht. Eine serbische Seemacht braucht Österreich keine Bedenken einzulösen. Wir sind bereit, die ökonomischen Interessen Österreichs ebenso wie die Wünsche Österreichs und Italiens hinsichtlich der Gründung eines autonomen Albaniens in ernsthafte Erwägung zu ziehen. Wir wollen, daß auf dem Balkan ein dauernder Friede gesichert sei. Dies ist unmöglich, wenn die gerechten Interessen Serbiens nicht befriedigt werden. Ich nehme an, daß es auch den Interessen Italiens entspricht, seine zukünftigen Beziehungen zu Rußland und den mit ihm solidarischen Mächten genau zu regeln, und daß es deshalb jetzt auf seinen Bundesgenossen einwirken wird. Auf diese Weise würde Italien auch seine Stellung in den Balkan-Hauptstädten wieder befestigen, welche durch den Friedensschluß mit der Türkei, der im Augenblicke der Kriegserklärung auf finanzieller Basis erfolgt ist, stark erschüttert erscheint. Indem Sie diese Fragen mit dem italienischen Außenminister besprechen, müssen Sie versuchen, Ihre Erklärungen in eine möglichst freundschaftliche Form zu kleiden, um das Selbstgefühl der Italiener nicht zu verletzen.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Paris
Iswolsky an den russischen Außenminister Sazonow vom 25. Oktober/
7. November 1912.

Was den Vorschlag Poincarés anbelangt, der Möglichkeit territorialer Erwerbungen von Seiten Österreichs auf dem Balkan vorzubeugen, so halte ich es für nötig, Ihnen den genauen Wortlaut der Mitteilung Poincarés zu übersenden, da ich die Möglichkeit von Fehlern in meinem chiffrierten Telegramm befürchte. Ich habe Ihnen soeben telegraphiert, daß ich es für wünschenswert halte, diese Mitteilung sachlich und in schriftlicher Form zu beantworten. Der französische Vorschlag ist erfolgt, nachdem die Frage vom Kabinett beraten worden war, und in ihm wird ein ganz neuer Standpunkt Frankreichs in der Frage der territorialen Vergrößerung Österreichs auf dem Balkan zum Ausdruck gebracht. Während bis jetzt Frankreich erklärt hatte, daß örtliche, sozusagen rein balkanische Ereignisse es zu keinem aktiven Handeln veranlassen könnten, scheint die

französische Regierung jetzt zugeben, daß eine territoriale Erwerbung von seiten Österreichs auf dem Balkan das allgemeine europäische Gleichgewicht und folglich auch die eigentlichen Interessen Frankreichs berührt. Ich habe nicht verfehlt, die Aufmerksamkeit Poincarés darauf zu lenken, daß, indem er vorschlägt, gemeinsam mit uns und England über die Mittel zu beraten, die dazu dienen könnten, einer derartigen Erwerbung vorzubeugen, er damit die Frage der praktischen Folgen des von ihm in Aussicht genommenen Abkommens aufwirft. Aus seiner Antwort habe ich ersehen können, daß er sich vollkommen Rechenschaft darüber gibt, daß Frankreich auf diese Weise in eine kriegerische Aktion verwickelt werden kann. Einstweilen unterbreitet er diese Frage natürlich nur unserer Beratung, aber in einem Gespräche mit mir hat Paléologue deutlich zugegeben, daß das vorgeschlagene Abkommen zu diesen oder jenen aktiven Schritten führen kann. Er hat mir gesagt, daß bei Erwägung der verschiedenen möglichen Folgen er seinen Vorgesetzten auf das Beispiel des Jahres 1832 hingewiesen habe, als Frankreich nach der Besetzung Ferraras durch die Österreicher seinerseits Ancona eingenommen und dieses erst evakuiert hat, nachdem die Österreicher sich aus der erstgenannten Stadt zurückgezogen hatten. Es scheint mir, daß wir alles oben Dargelegte ernstlich prüfen und diese Gelegenheit benutzen müssen, um den neuen Standpunkt der französischen Regierung im Falle einer möglichen Ausdehnung Österreichs auf dem Balkan festzulegen und für die Zukunft eine gemeinsame Aktion Rußlands, Frankreichs und Englands vorzubereiten, wenn Österreich im Laufe der weiteren Entwicklung seinen jetzigen Standpunkt des Verzichtes auf alle territoriale Kompensationen aufgeben sollte.

Eigenhändiger Brief Poincarés an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 22. Oktober/4. November 1912.

Wie ich Ihnen soeben gesagt habe, flößt die rätselhafte Haltung Österreichs der französischen Regierung ebensolche Bedenken ein wie der russischen. In Übereinstimmung mit dem Ministerrate halte ich es für zweckmäßig, uns schon jetzt auf ein gemeinsames Programm zu einigen, wenn Österreich versuchen sollte, eine territoriale Vergrößerung zu verwirklichen. Sie

haben die Güte gehabt mir zu sagen, daß ein solcher Fall in den in Racconigi getroffenen Abmachungen vorhergesehen worden ist und daß Italien ebenso wie Rußland erklärt habe, sich der territorialen Ausbreitung einer jeden Großmacht auf dem Balkan zu widersetzen. Auch die französische Regierung ist der Ansicht, daß ein derartiges Unternehmen allen möglichen Bestrebungen Zugang verschaffen würde. Ich möchte deshalb wissen, ob die Kaiserlich russische Regierung ebenso wie die unsere eine jede Annexion türkischen Territoriums durch eine Großmacht deutlich ablehnt, und ob sie geneigt wäre, zusammen mit Frankreich und England zu beraten, welche Mittel zu ergreifen wären, um einer solchen Gefahr vorzubeugen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 27. Oktober/9. November 1912. — Nr. 2513.

Die Frage eines Zuganges Serbiens zum Adriatischen Meere hat in den letzten Tagen eine Entwicklung genommen, die uns ernsthafte Bedenken einflößt. Wie früher, sind wir auch jetzt bereit, zusammen mit Frankreich und England Serbien unsere tatkräftige diplomatische Unterstützung zuteil werden zu lassen. Verlässlichen Informationen zufolge sind Deutschland und Italien bereit, sich zusammen mit Österreich territorialen Erwerbungen Serbiens im Adriatischen Meere zu widersetzen. Man kann den Konflikt aus diesem Anlasse nicht bis zur Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges verschärfen. Um so unangebrachter erscheint uns die Haltung einiger serbischer Vertreter im Auslande. Wir erfahren, daß der serbische Vertreter in Berlin Riberlen erklärt hat, die Alliierten hätten bereits die ganze adriatische Küste unter sich geteilt, und Serbien sei der Unterstützung nicht nur Bulgariens, sondern auch Rußlands sicher. Was uns betrifft, halten wir eine solche Erklärung für unzulässig. Der Bündnisvertrag gibt Serbien kein Recht, auf die militärische Unterstützung Bulgariens in der Frage des serbischen Zuganges zum Meere zu rechnen. Die Verluste Serbiens und Bulgariens während des letzten Krieges lassen ihren Zusammenstoß mit Österreich von Anfang an als hoffnungslos erscheinen. Die Entsendung von serbischen Truppen in der Richtung Durazzo, mit dessen Besetzung Österreich sich nicht

einverstanden erklären wird, ist auch ein Zeichen, daß sich Serbien hinreißen läßt. Sagen Sie Positch, daß die Serben uns unsere Rolle ihres Advokaten nicht erschweren dürfen. In der Frage des Zuganges Serbiens zum Adriatischen Meer unterscheiden wir das Ziel und die Mittel. Das Ziel ist die möglichst volle Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit dieses Landes; die Mittel der Zugang zum Adriatischen Meere, entweder als Folge einer territorialen Festsetzung am Ufer oder mittels einer Eisenbahnverbindung mit dem einen oder anderen Hafen unter denselben Bedingungen, die Österreich eventuell für den Transit seiner Waren nach Saloniki zugestanden werden würden. Ein Nachgeben Serbiens in der Frage der Erwerbung eines eigenen adriatischen Hafens wird es möglich machen, auf den andern Bedingungen, wie z. B. der territorialen Ausdehnung Serbiens nach Süden oder einer größtmöglichen Verringerung des albanischen Territoriums, zu bestehen. Wenn Österreich nicht versteht, daß es in seinem Interesse liegt, einen dauernden Frieden auf dem Balkan zu sichern, so nehmen wir an, daß Serbien, welches aus dem kurzen Kriege mit Eroberungen hervorgeht, auf die es früher kaum hoffen durfte, jetzt verstehen muß, daß es durch allzu große Forderungen das Erreichte nur in Frage stellen kann. Es liegt im Interesse Serbiens, seine Forderungen nicht zu hoch zu spannen, da deren Nichterfüllung die serbische Eigenliebe dann um so fühlbarer verletzen wird.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 29. Oktober/11. November 1912. — Nr. 2526.

Der Beschluß Österreichs, sich der Erwerbung eines adriatischen Hafens durch Serbien zu widersetzen, ist unseren Informationen zufolge unumstößlich und wird von den Bundesgenossen Österreichs gebilligt. Andererseits erklären Frankreich und England ganz offen, daß sie nicht gesonnen sind, den Konflikt mit dem Dreibunde aus diesem Anlasse zu verschärfen. Unsererseits warnen wir Serbien, darauf zu rechnen, uns nach sich ziehen zu können. Wir werden mit dem Dreibunde wegen der Frage eines serbischen Hafens an der Adria nicht Krieg führen. Was den angeblichen Entschluß der Alliierten anbe-

langt, die ganze europäische Türkei unter sich aufzuteilen, ohne die Interessen Österreichs und Italiens zu berücksichtigen, so warnen wir gleicherweise vor den Folgen, zu denen eine derartig unbesonnene Politik führen kann, da Serbien auf diese Weise die Sympathien Frankreichs und Englands verlieren würde. Es ist gefährlich, nicht mit Tatsachen zu rechnen. Deshalb kann man sich der Einsicht nicht verschließen, daß es nötig sein wird, einen Uferstaat Albanien zu bilden. Wenn die Serben mehr Nachgiebigkeit zeigen, wird es leichter sein, bei der Bestimmung der Grenzen und der Organisation dieses albanischen Staates auf für Serbien günstige Bedingungen zu bestehen und ökonomische Vorteile zu erzielen. Je schroffer die Haltung Serbiens ist, um so größer die Gefahr, isoliert zu werden. Ich bitte Sie, mit Pasitch offen Rücksprache zu nehmen und ihn vor einer Expedition nach Durazzo zu warnen. Die Serben sollten uns nicht in die Notlage versetzen, uns von ihnen loszusagen, wenn wir offen zugeben müssen, daß sie in dieser Frage zu weit gegangen sind.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 28. Oktober/11. November 1912. — Nr. 2540.

Wir haben den Eindruck gewonnen, daß Österreich fest entschlossen ist, Serbien zur Adria nicht zuzulassen, und daß es sich die Unterstützung seiner Bundesgenossen gesichert hat. In Anbetracht dieser Solidarität der Dreibundmächte ist es für uns sehr wichtig zu wissen, wie Frankreich und England sich verhalten würden, wenn es nicht gelingen sollte, einem aktiven Vorgehen Österreichs vorzubeugen.

Ich habe versucht, den österreichischen Botschafter davon zu überzeugen, daß ein derartiger Schritt gefährlich und unzweckmäßig wäre. Ich habe Thurn gebeten, in Wien telegraphisch anzufragen, ob man es für möglich halten würde, Serbien einen Hafen an der Adria zu überlassen, wobei dieser einen ausschließlich kommerziellen Charakter erhalten würde. Der Botschafter zweifelt, daß dies möglich sein werde, und weist andererseits auf die Bereitwilligkeit seiner Regierung hin, einer völlig gleichwertigen Sicherung der serbischen ökonomischen Interessen und des Eisenbahntransites nach der Adria und nach Saloniki zuzu-

stimmen. Ich nehme an, daß es in allernächster Zeit nötig sein wird, ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Bestrebungen Österreichs und den Interessen Serbiens, sowohl ökonomischer als politischer Natur, herzustellen. Sehr wichtig ist es, das albanische Territorium möglichst zu verkleinern und gewisse Garantien hinsichtlich der zukünftigen Organisation dieses Landes zu erhalten. Diese Fragen können den Gegenstand eines vorbereitenden Meinungsaustausches bilden, aber ein endgültiger Entschluß kann nur von den Mächten gemeinsam nach reiflicher Prüfung aller einschlägigen Fragen gefaßt werden. Deshalb erscheint es uns unrichtig, daß Österreich jetzt die Frage des serbischen Zuganges zur Adria in endgültiger Weise lösen will.

Auszug aus einem Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. Oktober/11. November 1912. — Nr. 315.

. . . Ich fragte Grey, ob er in der serbischen Frage diese oder jene Lösung vorziehe. Er antwortete, daß er die Interessen Österreichs und diejenigen Serbiens für analog halte und daß sowohl für Serbien als auch für Österreich eine Eisenbahn unter serbischer Verwaltung und Kontrolle zu einem näher zu bestimmenden Hafen führend den berechtigten Forderungen Serbiens entsprechen dürfte, ebenso wie dadurch den Forderungen der allgemeinen internationalen Lage Genüge geleistet werden würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 30. Oktober/12. November 1912. — Nr. 316.

Paul Cambon hat mir sehr vertraulich zwei Telegramme Jules Cambons an Poincaré über die bekannte Unterredung zwischen Niderlen und dem serbischen Geschäftsträger vorgelesen. Das eine enthält die Version Niderlens, das andere die des serbischen Vertreters. In letzterer ersehe ich eine wichtige Auslassung. Da ich nicht weiß, ob Poincaré unserem Botschafter in Paris beide Telegramme mitgeteilt hat, will ich dies nachholen. Der serbische Geschäftsträger hat gefragt, ob Deutschland gegebenenfalls einen Krieg zwischen Rußland und Öster-

reich wegen des jetzigen österreichisch-serbischen Konfliktes als casus foederis auffassen würde, und nachdem hierauf eine bejahende Antwort erfolgt war, hat er gefragt, ob der casus foederis auch eintreten würde, wenn Frankreich sich an dem Kriege nicht beteiligen sollte. Riderlen hat geantwortet, daß selbst in diesem Falle Deutschland zu den Waffen greifen würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. November 1912. — Nr. 319.

Grey hat mir folgende Mitteilung über seine Unterredung mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Mensdorff gemacht. Letzterer hat ihm zuerst im Auftrage Berchtolds erklärt, daß der Minister ganz wie Sir Edward militärische Operationen Serbiens in Albanien als kriegerische Maßnahmen betrachten würde, deren Berechtigung nicht bestritten werden könne; doch teile er nicht die Ansicht Sir Edwards, daß ein Meinungsaustausch zwischen Osterreich und Serbien hätte vermieden werden können: erstens, weil Serbien die Initiative ergriffen hat, und zweitens, weil Osterreich es hat verhindern wollen, daß Serbien mit Waffengewalt sich ein Faustpfand sichert, welches die Frage des territorialen Umfangs Albaniens zu beeinflussen geeignet wäre. Grey las Mensdorff das von ihm nach Belgrad geschickte Telegramm vor und fügte hinzu, er wisse, daß Rußland in Belgrad ebenso deutliche Ratschläge erteilt habe; er nähme mit lebhafter Befriedigung von dem österreichischen Standpunkt hinsichtlich der serbischen Operationen Kenntnis, und er glaube hieraus folgern zu können, daß das Wiener Kabinett sich jeder Drohung enthalten werde. Mensdorff antwortete, daß dies ganz seine Ansicht sei. Grey hat die Gefahr und das Unzweckmäßige einer derartigen Drohung Mensdorff gegenüber ganz besonders betont.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. November 1912. — Nr. 320.

Ihr Telegramm 2540 erhalten. Habe dessen Inhalt Grey mitgeteilt. Er bleibt auf seinem Standpunkte hinsichtlich der serbischen Bestrebungen in Albanien und der Gefahr einer öster-

reichischen militärischen Aktion gegen Serbien. Diese beiden Punkte hat er in seiner Unterredung mit Mensdorff berührt, über die ich in meinem Telegramm Nr. 319 berichte. Ihrem Wunsche gemäß hat er in Belgrad zur Mäßigung geraten. Als ich Grey auf die Solidarität des Dreibundes hinwies und ihn fragte, ob er mir etwas über die Haltung Englands sagen könne, im Falle unsere Anstrengungen, eine österreichische Aktion zu verhindern, keinen Erfolg haben sollten, erwiderte Grey nach einiger Überlegung, daß es ihm unmöglich sei, auf eine Frage eine direkte Antwort zu geben, welche eine Möglichkeit betrifft, deren Eintreten ihm seit seiner Unterredung mit Mensdorff nicht mehr wahrscheinlich scheint, und auch weil die Haltung Englands vor allem von der Haltung der andern Mächte abhängen werde. Die solidarische Haltung gibt uns in dieser Hinsicht wertvolle Hinweise, aber keine positiven Tatsachen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. November 1912. — Nr. 321.

Zur Bervollständigung meines Telegramms Nr. 320. Persönlich. Ich habe die Frage einer eventuellen englischen Haltung mit einer gewissen Vorsicht behandelt und habe mich aus verschiedenen Gründen nicht näher ausgesprochen. Erstens, weil Cambon diesen Punkt mit Grey bereits besprochen hatte. Grey hat ihm gesagt, daß uns die diplomatische Unterstützung Englands zugesichert sei, daß ihn aber heute eine direkte Frage hinsichtlich der Eröffnung von Feindseligkeiten in eine schwierige Lage versetzen würde. Meiner Ansicht nach wird es von den Ereignissen abhängen, wie diese Frage gelöst werden wird. Ubrigens ist heute die öffentliche Meinung mit den für die slawische Sache erreichten Resultaten zufrieden und denkt nicht an Krieg. Hierzu kommt leider der Umstand einer Ministerkrise, die zwar wahrscheinlich vertagt ist, aber die Stellung des Kabinetts erschüttert hat. In dieser Hinsicht hat Bonar Law immerhin bei Eröffnung der gestrigen Debatten noch einmal wiederholt, daß er zu der auswärtigen Politik des Kabinetts Vertrauen habe und daß dieses Vertrauen auch in Krisenzeiten aufrechterhalten werden würde. Grey selbst hat mir von der Ministerkrise gesprochen und gesagt, sie würde keine Wirkung

auf die ausländische Politik haben. Ganz vertraulich hat er hinzugefügt, daß er sich in dieser Hinsicht in beständigem Kontakt mit Lansdowne befindet. Es muß bemerkt werden, daß Grey nichts gesagt hat, was darauf hindeuten könnte, daß England sich eines Eingreifens enthalten wird. Unter diesen Umständen ist Greys Antwort alles, was ich erwarten konnte. Die Erwähnung der Rolle der andern Mächte bringt die Antwort Greys in Verbindung mit der Erklärung, die Nicolson Cambon gemacht hat und die ich sonst nicht erwähnt hätte, da Nicolson nur seine persönliche Antwort geäußert hat und nicht die Kompetenz besitzt, eine derartige Frage zu beantworten: Nicolson hat Cambon mit allem Vorbehalt gesagt, daß, wenn der Dreibund im Kampfe gegen den Zweibund stände, seiner Ansicht nach England sich am Kriege beteiligen würde. Ich muß jedoch hinzufügen, daß die Ansicht Nicolson's nicht immer die Ansichten Greys genau wiedergibt. Ich glaube, Grey hält den Augenblick nicht für gekommen, diese Frage dem Ministerrate zu unterbreiten.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 1./14. November 1912.

In Anbetracht der Bedeutung der Erklärungen, die Ihnen vom französischen Außenminister gemacht worden und in Ihrem Briefe vom 25. Oktober/7. November enthalten sind, bin ich ganz Ihrer Ansicht, daß es wünschenswert ist, den neuen Standpunkt der Regierung der französischen Republik hinsichtlich einer eventuellen Ausbreitung Osterreichs auf dem Balkan festzulegen. Ich bin daher damit einverstanden, daß der Brief Poincarés von uns ebenfalls schriftlich beantwortet wird, und da der Brief des französischen Ministers an Sie gerichtet war, so wäre es am besten, wenn auch unsere Antwort durch Ihre Vermittlung erfolgen würde. Beiliegend das Projekt eines solchen Briefes, und ich halte es nur für nötig, folgende Erwägungen hinzuzufügen:

Alle uns zur Verfügung stehenden Informationen weisen darauf hin, daß wenigstens im jetzigen Zeitpunkt Osterreich nach keinen territorialen Erwerbungen auf dem Balkan strebt. Immerhin könnte sich Osterreich je nach Entwicklung der Dinge und vor allem in Anbetracht des Konfliktes mit Serbien wegen

des Zuganges zur Adria zur Annexion türkischen oder sogar serbischen Territoriums entschließen. In beiden Fällen wäre es für uns sehr wichtig, die Gewißheit zu haben, daß im Falle einer Einmischung von unserer Seite Frankreich nicht teilnahmslos bleiben wird. Andererseits muß man in Betracht ziehen, daß die Lage auf dem Balkan sich sehr schnell verändert und wir nicht alle Zufälligkeiten voraussehen können, die uns zu der Ergreifung dieser oder jener Maßregeln veranlassen könnten, und ich halte es deshalb für notwendig, in unsern Verhandlungen mit den ausländischen Kabinetten alles zu vermeiden, was unsere Aktionsfreiheit in Zukunft einschränken könnte. In dieser Hinsicht scheint es mir wünschenswert, in Ihrer in Aussicht genommenen schriftlichen Erklärung an Poincaré allzu kategorische Erklärungen zu vermeiden, wie sie sich z. B. aus den Worten des französischen Ministers ergeben: „sich der territorialen Ausbreitung einer jeden Großmacht auf dem Balkan zu widersetzen“. Denn dieses könnte sich auch auf Rußland im Gebiete der Meerengen beziehen. Letztere Erwägung teile ich natürlich ausschließlich zu Ihrer persönlichen Information mit.

Projekt eines Briefes des russischen Botschafters in Paris Iswolsty an den französischen Außenminister Poincaré.

Ich habe nicht verfehlt, dem russischen Außenminister den Inhalt Ihres Briefes vom 4. November zu unterbreiten. Herr Sazonow ermächtigt mich, Ihnen zu erklären, daß ebenso wie Frankreich auch Rußland einer territorialen Vergrößerung Österreichs auf dem Balkan nicht gleichgültig gegenüberstehen könne. Er nimmt mit Vergnügen von der Ansicht der französischen Regierung Kenntnis, daß Frankreichs Interesse durch eine solche Möglichkeit berührt werden würde. Die russische Regierung ist in dieser Hinsicht bereit, sich gemeinsam mit den Kabinetten von Paris und London über die Handlungsweise zu verständigen, die in einem solchen Falle nötig werden würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 3./16. November 1912. — Nr. 323.

Wie mir Grey vertraulich mitteilt, hat der italienische Botschafter erklärt, daß, wenn es sich um eine Garantie für Albanien

handeln werde, er glaube, daß seine Regierung eine Garantie aller Mächte der Garantie Osterreichs und Italiens allein vorziehen würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 5./18. November 1912. — Nr. 324.

Nicolson hat mir ein Telegramm Buchanans vorgelesen, welches über Ihre letzten Unterredungen mit den Vertretern Deutschlands und Osterreichs berichtet. Er hat mir den Inhalt der Antwort mitgeteilt, die Grey Buchanan zu geben gedenkt. Grey legt der prinzipiellen Klärung der albanischen Frage die größte Bedeutung bei. Nicolson hat diesen Punkt betont, da er glaubt, es wäre nicht möglich, mit Erfolg auf Osterreich einzuwirken, wenn man ihm nicht gleichzeitig beruhigende Erklärungen über den Standpunkt der Mächte, Rußland einbegriffen, in der albanischen Frage geben könne. Ich habe geantwortet, daß Sie bereits die Möglichkeit eines albanischen autonomen Uferstaates zugegeben hätten. Nicolson antwortete, man müsse dies in Wien erklären und er hoffe, daß Sie keine Einwendungen dagegen erheben würden. Ich glaube in der Tat, daß dieses im Hinblick auf Ihr Telegramm 2540 sehr wünschenswert ist. Der Standpunkt: „Der Balkan für die Balkanvölker“ wird sicherlich auch den Albanern gegenüber angewandt werden. Die Unnachgiebigkeit der Serben macht hier keinen guten Eindruck. In Anbetracht der schweren Folgen, die die jetzige Lage nach sich ziehen kann, ist der wichtigste, vielleicht der entscheidende Punkt, was England anbelangt, der, daß, abgesehen von der größten Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen, alles vermieden wird, was als eine serbische Provokation ausgelegt werden könnte, und daß unsere Unterstützung nur unter dieser Bedingung erfolgt; auf diese Weise würden wir die Verantwortlichkeit für eine aggressive Politik ausschließlich auf Osterreich zurückfallen lassen. Der Ton Serbiens und Montenegros ruft schon den Eindruck hervor, daß die österreichische Regierung sich ruhig, sogar geduldig zeigt. Diesem Umstande lege ich die größte Bedeutung bei. Diese Erwägung wird in meinem Briefe, den Sie mit dem Kurier erhalten werden, weiter entwickelt.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 4./17. November 1912. — Nr. 369.

Im Laufe einer Unterredung bezüglich der Antwort Frankreichs auf meine den österreichisch-serbischen Konflikt betreffenden Mitteilungen hat mir Poincaré erklärt, es sei ihm unmöglich, selbst privatim, die Richtlinien der französischen Politik im Falle einer aktiven Einmischung Österreichs festzulegen, bevor die russische Regierung ihm nicht ihre eigenen Absichten mitgeteilt haben wird. Es ist Sache Rußlands, sagte er mir, die Initiative in einer Frage zu ergreifen, an welcher es in erster Linie interessiert ist; Frankreichs Aufgabe ist es, ihm in tatkräftigster Weise beizustehen; wenn die französische Regierung die Initiative selbst ergreifen würde, so würde sie Gefahr laufen, entweder über die Absichten ihres Verbündeten hinauszugehen oder ihnen nicht gerecht zu werden. Um die Möglichkeit jeden Zweifels auszuschließen, wie weit wir in unserer Unterstützung Serbiens gehen würden, hielt ich es für nötig, eine Stelle aus den Instruktionen des Außenministers an unsern Gesandten in Belgrad hervorzuheben, in der es heißt, Frankreich und England hätten offen erklärt, sie seien keineswegs gesonnen, eine Zuspitzung des Konfliktes mit dem Dreibunde zuzulassen.

Alles in allem, fügte Poincaré hinzu, bedeutet dies, daß, wenn Rußland Krieg führt, auch Frankreich Krieg führen wird, da wir wissen, daß Deutschland in dieser Frage hinter Österreich stehen wird. Auf meine Frage, ob er den Standpunkt Englands in der gegenwärtigen Angelegenheit kenne, antwortete mir Poincaré, daß nach seinen Informationen das Londoner Kabinett sich für den Augenblick darauf beschränken würde, Rußland seine ganze diplomatische Unterstützung zu versprechen, aber daß dies gegebenenfalls einen tatkräftigeren Beistand nicht ausschloße.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 5./18. November 1912. — Nr. 372.

Um jedes Mißverständnis zu vermeiden und in Anbetracht der großen Wichtigkeit der Frage habe ich mein Telegramm 369 Poincaré vorgelesen, der mit dem Text vollkommen ein-

verstanden ist. Er hat mich nur gebeten, seinen Gedanken hinsichtlich eines Punktes näher zu entwickeln, nämlich was die Bedingungen anbelangt, unter denen Frankreich Krieg führen würde. „Es muß wohl verstanden sein, sagte er, daß Frankreich in dem bestimmten Falle Krieg führen würde, wenn der in dem Bündnis vorhergesehene casus foederis eintritt, nämlich wenn Deutschland Österreich mit den Waffen gegen Rußland unterstützen würde.“

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 7./20. November 1912.

Meine in den letzten 14 Tagen abgeschickten Telegramme haben Ihnen über meine verschiedenen Unterredungen mit Grey berichtet und ich halte es heute für notwendig, ganz besonders auf Ihr Telegramm 2540 zurückzukommen, durch welches ich beauftragt wurde, Grey zu fragen: Welches wird die Haltung Englands sein, wenn Österreich zu militärischen Maßnahmen gegen Serbien schreitet?

Wie ich Ihnen bereits telegraphiert habe, hat Grey erwidert, er könne mir keine bestimmte Antwort geben, ehe er nicht wisse, was die andern Mächte tun würden. Sie werden bemerken, daß der Minister, ohne bei der bestimmten Form meiner Frage zu bleiben, ohne weiteren Übergang die letzte Folge in Betracht gezogen hat. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß, indem Grey von der Haltung der andern Mächte sprach, er damit nicht meinte, daß er wissen wolle, welches unser Programm sein würde. Er stellte sich auf den Standpunkt eines konkreten Konfliktes. Es handelt sich also darum, festzustellen, welches die Haltung Frankreichs, Deutschlands und auch Italiens sein würde.

Sie werden sich erinnern, daß während der bosnischen Krise Grey mir gegenüber erwähnt hatte, daß die Möglichkeit einer deutschen Hegemonie den Frieden bedrohen würde. In letzter Zeit, nämlich während der Verhandlungen zwischen England und Deutschland, zu denen der Besuch Lord Salbanes geführt hatte, waren diese Verhandlungen infolge der Formel gescheitert, daß England, obwohl es an keiner Gruppierung der Mächte teilnahm oder teilzunehmen gedachte, welche aggressive Ziele

gegen Deutschland verfolgte, sich dennoch seine Handlungsfreiheit im Falle einer aggressiven Politik Deutschlands wahren wollte. Ich glaube, daß auch jetzt die englische Regierung sich auf diese beiden Prinzipien stützen wird.

Euere Exzellenz hat aus meinem Telegramm ersehen, daß ich auf dieser Frage weiter nicht bestanden habe. Ich glaube, es wäre unnütz gewesen. Er hatte mir genug gesagt, um uns zu beweisen, daß unter gewissen speziellen Bedingungen England in den Krieg eintreten würde. Meiner Ansicht nach sind hierzu zwei Bedingungen nötig: erstens, daß durch ein aktives Eingreifen Frankreichs dieser Krieg zu einem allgemeinen wird; zweitens ist es durchaus notwendig, daß die Verantwortung für den Angriff auf unsere Gegner falle. Ich glaube, es ist für uns dringend notwendig, diese letzte Bedingung im Auge zu behalten. Sie zieht vor allem die Notwendigkeit der bedingungslosen Aufrechterhaltung des Prinzips unserer Uneigennützigkeit nach sich.

Durch dieses Prinzip erlangen wir einen Einfluß, der gegebenenfalls entscheidend sein kann. Wenn wir Fragen aufwerfen, wie z. B. die der Dardanellen oder andere in Kleinasien, wo die Interessen Rußlands allein auf dem Spiele stehen, so würden wir uns gewiß dieses Einflusses berauben. Ganz wie Euere Exzellenz bin ich mir der ungeheuren Wichtigkeit bewußt, die für uns im Falle eines Krieges die Teilnahme Englands bedeutet, und wenn es sich um ein Opfer unsererseits handelt, so glaube ich, daß wir dies Opfer bringen müssen. Ich wiederhole, in den Augen der öffentlichen Meinung Englands und folglich auch in den Augen der englischen Regierung wird bei der jetzigen Stimmung dieses Landes der Angreifer unrecht haben. Es wird nötig sein, diesen aggressiven Charakter der österreichischen oder deutschen Politik möglichst klar hervortreten zu lassen. Dies wird uns um so leichter fallen, wenn wir dem Standpunkte, auf den wir uns seit Beginn der Krise gestellt haben, treu bleiben. Wir müssen nur konsequent mit uns selber handeln.

Was die englische öffentliche Meinung anbelangt, so hat sich während der letzten 14 Tage keine Änderung vollzogen. Immerhin ist das Publikum, welches den Frieden wünscht,

hinsichtlich der Zukunft der Balkanvölker beruhigt. Man zweifelt in England nicht, daß sie die Sieger sind. Die lebhaften Sympathien Englands für diese Völker sind befriedigt. Daraus ergibt sich ein Optimismus, der für uns nicht ganz vorteilhaft ist.

Da das genannte Ziel erreicht ist, wird die öffentliche Meinung Englands nur schwer einsehen, daß Ursachen, die in ihren Augen nur nebensächliche Bedeutung haben, wie z. B. ein serbischer Hafen an der Adria oder die Größe des albanischen Territoriums, schrittweise zu einem Kriege führen können. Dasselbe, wenn auch unter gewissen Einschränkungen, will ich von der Zukunft Konstantinopels sagen.

Aber dieser Optimismus und diese Zuversicht haben noch eine andere Folge. Die öffentliche Meinung Englands läßt die unbestreitbare Tatsache zu, daß Österreich infolge seiner geographischen Lage sehr wichtige ökonomische Interessen auf dem Balkan besitzt, und das Recht, letztere zu verteidigen, wird ihm zugestanden. Die öffentliche Meinung geht nicht weiter und kümmert sich nicht um die verborgenen Ursachen. Aber auch hier, glaube ich, wird die Frage, wer der Angreifer ist, von der größten Bedeutung sein. Nur in diesem Falle wird die englische Regierung die Unterstützung der öffentlichen Meinung finden, deren sie bedarf, um energisch handeln zu können. Derartige Erwägungen beschäftigen gewiß Grey und seine Ministerkollegen. Ich sehe den Widerhall in der Antwort, die er auf die von mir gestellte Frage gegeben hat.

Ich werde nicht verfehlen, ihn bei passender Gelegenheit auf diese Frage nochmals zurückzubringen und Ihnen möglichst ausführlich zu berichten.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 7./20. November 1912. — Nr. 376¹⁾.

Ich habe den Inhalt Ihres Telegramms Poincaré mitgeteilt, der hierauf über denselben Gegenstand mit den Botschaftern von Italien, Deutschland und Österreich Unterredungen

¹⁾ Siehe dasselbe Telegramm S. 473.

hatte. Tittoni bestätigte ihm den in den Telegrammen 374 und 377 dargelegten Plan und ergänzte ihn dadurch, daß Diakovo, Spet und Prizrend den Serben bleiben müssen. Tittoni sagte ihm auch, daß infolge der erregten öffentlichen Meinung Rußlands Sie genötigt wären, Ihren ursprünglichen Standpunkt zu ändern, und daß Sie die Forderung Serbiens, einen Ausgang zum Adriatischen Meere zu erhalten, unterstützen müssen. Das macht ihm, Tittoni, Sorgen, denn Italien hat sich verpflichtet, das Prinzip der Integrität Albaniens zu verteidigen, und im Falle eines Krieges wegen dieser Frage muß Italien Österreich bewaffnete Unterstützung leisten. Poincaré bemerkte, das stehe schwerlich im Einklang mit dem, was ihm über das russisch-italienische Abkommen von Raconigi bekannt sei, und widerspreche durchaus dem französisch-italienischen Abkommen von 1902, kraft dessen Frankreich das Recht habe, für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Österreich auf die Neutralität Italiens zu rechnen.

Tittoni antwortete, daß das Abkommen mit Österreich über Albanien der Verständigung mit Österreich und Rußland vorausgegangen und für die italienische Regierung unbedingt verpflichtend sei. Das bringt Italien in eine äußerst schwierige Lage und deshalb sucht es mit allen Kräften eine friedliche Lösung der Lage zu erreichen. Im Laufe des Gespräches sagte Poincaré zu Tittoni, daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Kriege führe, Rußland auf bewaffnete Hilfe von Seiten Frankreichs vollkommen rechnen könne. Das machte, sagte Poincaré, auf Tittoni einen sichtbaren Eindruck.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1912. — Nr. 383.

Poincaré hat mir ein Telegramm aus Wien vorgelesen, in dem der französische Botschafter berichtet, daß die Stimmung in Wien eine äußerst gespannte sei und daß die österreichische Regierung erfahren habe, Sie hätten in den letzten Tagen Ihren Standpunkt hinsichtlich der serbischen Forderungen verändert und wären jetzt bereit, diese Forderungen zu unterstützen.

Außerdem habe das Wiener Kabinett erfahren, daß wir umfangreiche militärische Maßnahmen an der österreichischen Grenze treffen. Seinerseits mobilisiert Österreich drei Armeekorps in Galizien und hat seine militärischen Vorbereitungen gegen Serbien beendigt. Der französische Geschäftsträger fügt hinzu, der deutsche Botschafter erkläre offen, daß Deutschland Österreich unterstützen wird, daß Deutschland im Falle eines Krieges nur eine geringe Truppenmacht gegen Rußland stellen und seine Hauptkräfte gegen Frankreich richten werde und daß „Deutschland Rußland erst in Paris unterwerfen wird“. Andererseits erwartet Poincaré, daß Ismail Kemal Pascha, der augenscheinlich schon in Durazzo eingetroffen ist, in diesen Tagen die Unabhängigkeit Albaniens auszurufen und von der österreichischen Flotte unterstützt werden wird. Deshalb droht der serbische Vormarsch nach Durazzo, Verwicklungen nicht nur mit den Albanern, sondern auch mit den Österreichern herbeizuführen, was seinerseits den Einfall der Österreicher in Serbien zur Folge haben würde. Dies alles beunruhigt die französische Regierung, und Poincaré fragt, ob Sie noch immer auf dem Standpunkt der von Ihnen unserm Gesandten in Belgrad gegebenen Instruktionen stehen, oder ob in dieser Hinsicht wirklich eine Änderung eingetreten ist. Poincaré ist überzeugt, daß sowohl Österreich wie Italien fest entschlossen sind, die Serben nicht nach Durazzo zuzulassen, und wenn Sie daher wirklich beschlossen haben, das Vordringen Serbiens bis zu diesem Hafen zu unterstützen, so muß dieses zu einem Konflikt zwischen Rußland und Österreich mit allen seinen Folgen führen. Als Antwort habe ich Poincaré mit dem Inhalt Ihres Telegramms 2687 bekannt gemacht, aus welchem hervorgeht, daß Sie bestrebt sind, Mittel zu einer friedlichen Lösung dieser Frage zu finden, und daß deshalb kein Grund zur Annahme vorliegt, daß wir die Serben zu irgendwelchen gefährlichen Schritten zu veranlassen suchen. Auf seine Bemerkung, daß von verschiedenen Seiten behauptet wird, unser Gesandter in Belgrad, Hartwig, fahre fort, die Serben aufzustacheln, erwiderte ich, daß mir aus der Erfahrung des Jahres 1908 gut bekannt sei, wie leicht ungerechtfertigte Anklagen gegen Rußland und die russischen Diplomaten erhoben würden. Zum Schlusse betonte Poincaré,

daß es im jetzigen kritischen Augenblicke äußerst wichtig sei, daß Serbien sich nicht auf Ratschläge von Seiten Rußlands berufen könne, und daß es für alle klar sein müsse, daß Serbien, wenn es auf seinem Marsche nach Durazzo besteht, auf seine eigne Gefahr hin handelt. Poincaré bittet, obiges zu Ihrer Kenntnis zu bringen.
